

## **Bündnis Deutschland: Weniger Staat - mehr für die Bürger**

**Ziel: Ausgaben, Steuern, Bürokratie halbieren. Neues Wirtschaftswunder kreieren. Deutschland retten.**

**Wir wollen Freiheit bewahren, Wohlstand fördern und die Sicherheit verbessern.**

**Deutschland befindet sich im Abstieg im weltweiten Wettbewerb** und wird absehbar von immer mehr Ländern überholt. Unser Land ist hoch verschuldet. Die Vermögensquote der Bürger liegt hinter vielen anderen europäischen Ländern. Die Wirtschaftsaussichten sind schlecht. Die Bundeswehr wurde kaputtgespart. Unser Gesundheitssystem ist „krank“. Deutschland macht die dümmste Energiepolitik weltweit. In Bildungsvergleichen hinkt Deutschland hinterher, dabei ist Bildung unsere einzige Ressource. **Die Steuern sind viel zu hoch, das Leben in Deutschland ist zu teuer. Da gehen wirkliche Fachkräfte lieber woanders hin.** Unser national erwirtschafteter Sozialstaat wird international verjubelt. Das kann nicht gutgehen.

Immer mehr Bürger sind mit der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland unzufrieden und fragen sich, ob es sich noch lohnt zu arbeiten. Viele gehen nicht mehr wählen. Das aber scheint den etablierten Parteien nach der Wahl egal zu sein. Sie blockieren sich lieber in politischen Ringkämpfen, machen ideologiegetriebene statt vernünftiger Politik. Sie haben den Staat aufgebläht, der zunehmend verkrustet. Das Hohelied vom Bürokratieabbau ist ein politisches Blendwerk geworden. Es wird mehr statt weniger reguliert.

**17 Mio. Deutsche sitzen lt. INSA auf gepackten Koffern. Wir brauchen dringend einen Kurswechsel, der die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder sichert** und das Vertrauen der Bürger in den Staat und die Politik zurückgewinnt. Dafür brauchen wir „einen großen Wurf“ und kein verzagtes Justieren. Das kann nur eine neue Partei mit „weißer Weste“ leisten: **Bündnis Deutschland!**

Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft und zur Rückkehr zum Leistungsprinzip. Keine Leistung ohne Gegenleistung! Wir stehen außerdem zur Schuldenbremse.

### **Was wir kurzfristig ändern werden:**

**Ausgaben reduzieren, Streichung des Gebäudeenergiegesetzes, Volkswirtschaft vor individuellen Interessen, Staatsbürgerschaftsrecht ändern, Gendersonderzeichen verbieten**

Personal: Wir werden das Personal der Bundesregierung stark reduzieren und sparen damit enorm Kosten, Zeit und Aufwand. Die jährlichen Altersabgänge werden nicht nachbesetzt, bis das Ziel erreicht ist. Gestoppt werden alle Büroerweiterungen - auch beim Kanzleramt.

Alle 15.000 Euro-Bundesbeauftragten werden abgeschafft. Diese Versorgungsposten für Parteibuchgänger braucht niemand. Sie kosten nur Geld. Deren Aufgaben werden in den Ministerien erledigt.

Wir senken zudem die Anzahl der Bundesministerien durch Zusammenlegung von Ressorts und die Vermeidung von Ministeriums-Dopplungen mit der Länderebene.

Wir verstärken die Ausländerbehörden, die Bundespolizei und die Gerichte zur schnelleren Beendigung von Verfahren und für mehr Grenzschutz.

Finanzen: Wir machen einen Kassensturz und stoppen die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen ([Wieviel Geld die Bundesregierung für bestimmte NGOs zahlt \(tichyseinblick.de\)](#)). Hier ist noch viel Licht ins Dunkel zu bringen.

Gestoppt werden außerdem Friseurleistungen, Visagisten- und Fotografeneinsätze für Minister und Staatssekretäre auf Staatskosten.

Es werden – auch mit Blick auf die Landwirte – keine neuen Steuern eingeführt. Ebenso werden wir die Lkw-Maut nicht weiter erhöhen. Sie würde ohnehin nur auf die Produktpreise umgelegt und verteuert das Leben der Bürger.

Der reguläre Etat für die Bundeswehr wird von 50 auf 100 Milliarden Euro jährlich verdoppelt. Deutschland muss sich verteidigen können und krisenfester werden. Deshalb werden zusätzlich 20 Milliarden Euro für die Verbesserung des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes bereitgestellt.

**Wir senken ansonsten die Ausgaben des Staates, um die Bürger entlasten zu können.** Die Bundesfachausschüsse von Bündnis Deutschland werden dazu weitere konkrete Vorschläge ausarbeiten.

Ziel ist es, die Ausgaben des Staates zu halbieren – das gilt auch für Förderprogramme und den mittlerweile rekordverdächtigen EU-Zuschuss Deutschlands, der auf die Zahlung von 2012 reduziert wird. Damals war Deutschland mit diesem Betrag auch ein EU-freundliches Land. Den Beitrag der Briten zu kompensieren, ist kein Dauerargument. Großbritannien ist auch kein Nehmerland mehr. Und: Wir müssen erst die letzten EU-Aufnahmen durchfinanzieren, bevor wir an Neuaufnahmen denken.

Auf Länderebene empfehlen wir statt Förderprogrammen die pauschale Ausschüttung von Schlüsselzuweisungen an Kommunen ohne Zweckbindung und ohne Kofinanzierungszwang. In der Bund-Länder-Kommune-Zusammenarbeit muss das Konnexitätsprinzip grundlegend sein: Geld folgt den Aufgaben.

Grundlagen für ein neues Wirtschaftswunder schaffen

**Nur die Halbierung der Ausgaben ermöglicht auch Kürzungen auf der Einnahmeseite und damit die Entlastung der Bürger und Unternehmen.** Deutschland muss für Unternehmen so attraktiv werden, dass alle nach Deutschland wollen bzw. hierbleiben wollen. Vorfahrt für die Wirtschaft. **Wir wollen ein neues Wirtschaftswunder.**

**Grundsatzregel, die vor allen Gesetzen gilt: Volkswirtschaft vor individuellen Interessen.** Infrastrukturbaustellen müssen 24/7 bedient werden. Baustellen auf Bundesautobahnen sind ohne Unterbrechung abzuarbeiten. **Politische Priorität für Bündnis Deutschland hat auch der Ausbau der Schiene.**

Wir initiieren einen „**Runden Tisch Energie**“ mit dem Ziel, den deutschen Strombedarf der Zukunft zu einem größtmöglichen Teil ohne Importe zu sichern. Die Energiewende ist

gescheitert. Wir fordern einen Neuanfang, der eine umweltfreundliche, bezahlbare und verlässliche Energieversorgung garantiert. Alle Möglichkeiten der Energieerzeugung und -Versorgung müssen ideologiefrei betrachtet werden. Denkverbote darf es nicht geben.

Bei erneuerbaren Energien setzen wir auf die Ermöglichung der autarken Versorgung der Bürger, insbesondere durch Solar und Geothermie. **Wir gehen den kürzesten Weg zurück zur Kernenergie** und zur Energiegewinnung aus Kernfusion.

Wir stoppen die **Klimapolitik** der etablierten Parteien. Es soll aber eine Neuauflage unter strenger Aufwand-Nutzen-Abschätzung geben. Wir wollen den sofortigen Stopp der Errichtung von Windindustrieanlagen in Wäldern. Eine Verringerung der Mindestabstände von WKA zu Wohngebieten lehnen wir ab.

Deiche lassen wir zum besseren Hochwasserschutz massiv ausbauen.  
Für die Landwirtschaft gibt es ein Regelungsmoratorium.

Wir binden mehr CO<sub>2</sub> über ein **Aufforstungsprogramm**. 10% mehr Waldfläche bringen mehr als die Verbote der Grünen. **Dies wollen wir staatlich fördern**. Wir schaffen die CO<sub>2</sub>-Abgabe ab – zumindest temporär –, da sie keine Lenkungswirkung entfaltet.

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und das Selbstbestimmungsgesetz zur freien Geschlechterwahl werden sofort ersatzlos gestrichen.

**Alle gesunden Bürger müssen aus Sicht von Bündnis Deutschland arbeiten. Das entlastet den Sozialetat massiv.** Wir drücken die Arbeitslosigkeit in Richtung 0%.

Bürgergeld ist dann nicht mehr nötig. Arbeit soll sich wieder lohnen. Das ist auch unser Leitsatz beim **Staatsbürgerschaftsrecht, welches wir überarbeiten werden**. Wer 5 Jahre lang einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgeht, kann aus Sicht von Bündnis Deutschland einen Staatsbürgerschaftstest beantragen. **Arbeit ist die beste Integration und ist nur bei ausreichenden Sprachkenntnissen möglich**. Für Deutschland arbeiten, keine Zeit absitzen, ist unser Motto. **Die generelle Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft für Zugewanderte lehnen wir ab**. Eine Besserstellung gegenüber der einheimischen Bevölkerung – selbst eine scheinbare – führt zu Konflikten, auch in Hinblick auf Loyalitäten. Das ist wie in einer guten Ehe: zwei Frauen ist eine zu viel.

Die deutsche Sprache muss überall verstanden werden und leicht erlernt werden können. **Die Nutzung von Gendersonderzeichen wird deshalb in der öffentlichen Verwaltung, in Hochschulen und Schulen verboten**. Sie tragen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau Null bei. Wir setzen uns für die Abschaffung von Quotenregelungen ein und ersetzen sie durch das Primat „Qualifikation, Erfahrung und Zuverlässigkeit.“

Die Schaffung von **Meldeportalen** und staatliche Zensur in den sozialen Medien lehnen wir entschieden ab. Diese Gesetze, die dem vermeintlichen Schutz des Bürgers im digitalen Raum dienen, sind faktisch Werkzeuge, politische Gegner einzuschüchtern und nicht genehme Meinungen zu unterdrücken. Stattdessen sollen die **Online-Wachen der Polizei** verstärkt werden – **bestehende Strukturen nutzen und personell verstärken**.

Bürokratieabbau: Für jede neue Rechtsvorschrift müssen zwei alte gestrichen werden – heißt: Pflicht zum „Entrümpeln“. Wir freuen uns, dass die CSU unsere Idee übernommen hat. Wir wollen außerdem alle seit dem Jahr 2000 erlassenen Gesetze und Vorschriften auf ihre Notwendigkeit überprüfen lassen.

## **Mittelfristig:**

Finanzen: **Wir halbieren die Steuern und Abgaben**, auf die der Bund Einfluss hat und werden auch in Ländern und Kommunen mit wachsendem Einfluss darauf hinwirken.

**Ausnahme:** Die **Mehrwertsteuer wird auf 18% festgesetzt – einheitlich.**

Von der Mehrwertsteuer befreit werden alkoholfreie Getränke und Tageszeitungen (das tägliche TV- und Radioprogramm als Informationsquelle wird auch nicht besteuert).

Ziel ist mehr Netto, mehr Kaufkraft, mehr Gewinn für Forschung, Investitionen und mehr soziale Marktwirtschaft.

Eine Kommunalabgabe ersetzt die umstrittene Grundsteuer. Über diese Abgabe werden künftig kommunale Aufgaben finanziert.

Die deutsche Entwicklungshilfe wird gestoppt und neu justiert. In einer Europa-Afrika-Konferenz sollen sich die europäischen Länder im Sinne einer Paten- bzw. Partnerschaft um den Aufbau afrikanischer Länder kümmern, die das wollen. Im Vordergrund stehen Bildung und Wirtschaftsaufbau gegen Energielieferungen etc.

Deutschland wird alle Sanktionen gegen andere Staaten beenden. Freier fairer Handel ist die wesentliche Grundlage für Frieden. Zukünftige Sanktionen werden nur begleitet, wenn mehr als 70% der Welt sich an diesen beteiligen und dadurch auch ein Effekt beim Sanktionierten und nicht bei denjenigen einsetzt, die die Sanktionen erlassen haben.

Bürokratieabbau: Alle Gesetze (außer Grundgesetz/Verfassung und Wahlgesetz) werden zeitlich grundsätzlich befristet und evaluiert. Was sich bewährt hat, wird verlängert.

Wir werden die Vertragsfreiheit stärken und Individuen erlauben, im gegenseitigen Einvernehmen von staatlicher Regulierung abzuweichen.

Europäische Union: Die Souveränität der Einzelstaaten muss wieder gestärkt werden. Die Zuständigkeiten der EU-Organe müssen wieder auf die Aufgaben begrenzt werden, die von den EU-Mitgliedstaaten nur gemeinschaftlich gelöst werden können, wie es die EU-Verträge vorsehen. Wir brauchen eine enge europäische Zusammenarbeit, aber keinen EU-Superstaat. Auf EU-Ebene wird konsequent ein Veto gegen zusätzliche Regulierungen eingelegt. EU-Direktiven werden nicht mehr übererfüllt. EU-Direktiven werden künftig mit einem Ablaufdatum versehen.

Hochschulen: Wir schaffen die NCs für alle volkswirtschaftlich wichtigen Ausbildungen (bspw. Medizin) ab. Für das Medizinstudium werden nachgelagerte Studiengebühren eingeführt, die über einen Zeitraum von 12 Jahren Dienst in Deutschland jährlich erlassen werden. Studiengebühren werden auch in Studienrichtungen fällig, für die es keine Nachfrage am Markt gibt. Zu diskutieren ist, ob nachgelagerte Studiengebühren grundsätzlich eine für die Volkswirtschaft sinnvolle steuernde Wirkung haben. Wir brauchen eine verstärkte Berufsorientierung ins Handwerk und keine Langzeitstudenten.

Auslandsstudenten werden in dem Maße zugelassen, wie auch Deutsche dort im Ausland studieren – 1:1-Prinzip.

Darlehens-Unterstützung soll unabhängig vom Elterneinkommen im Erststudium und in der Regelstudienzeit gewährt werden.

Die Migrationspolitik wird neu justiert. Kriegsflüchtlinge sind in Deutschland aufzunehmen, wenn der Kriegszustand in einem Nachbarland herrscht. Es geht um unmittelbare Sicherheit, nicht um bestmögliche Versorgung für die Dauer des Krieges.

Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland erfolgt nur noch nach einem Greencard-Prinzip (Bedarf und konkretes Jobangebot). Jegliche andere Zuwanderung in den deutschen Sozialstaat wird in das Herkunftsland zurückgeführt. Die Dublin-III-Verordnung gilt sofort und ohne WENN und ABER.

Verfolgung aus politischen Gründen muss zweifelsfrei nachgewiesen werden, um ein Aufenthaltsrecht zu erhalten – die gewissenhafte Prüfung eines Anspruchs findet an der Grenze in Aufnahmeeinrichtungen des Bundes vor der Einreise statt. Zu oft wurde Deutschland hier betrogen. Abgewiesen werden Nichtanspruchsberechtigte und auch Zuwanderer ohne Ausweispapiere. Auch hier wurde Deutschland zu oft betrogen. Hier muss das Grundgesetz angepasst werden. Neu ins Asylrecht kommt eine Gastrechtsklausel. Wer das Gastrecht missachtet, wird umgehend aus dem Land verwiesen.

Kurzfristig: Stopp sämtlicher Migration bis alle europäischen Partner den deutschen Aufnahmeschlüssel erreicht haben.

Die überdurchschnittlich hohe, steigende Ausländerkriminalität ist als Problem beim Namen zu nennen. Dies gilt insbesondere für die Clan-, Banden, und Jugend-Kriminalität. Durch entsprechende gesetzliche Regelungen ist der Tendenz vieler Gerichte entgegenzuwirken, ausländischen Straftätern mit Nachsicht zu begegnen. Für besonders schwere Delikte – wie z.B. Gruppenvergewaltigungen – sollten Bewährungsstrafen ausgeschlossen werden.

Die Fehler der Pandemie werden durch eine unabhängige Kommission, gewählt durch die Bürger, ergebnisoffen aufgearbeitet, um zum gesellschaftlichen Frieden beizutragen. Die betreffenden Gesundheitsminister Spahn und Lauterbach, die damaligen Ministerpräsidenten sowie das RKI – u.a. – müssen aktiv und transparent hierbei mitwirken und bei nachweislicher Schadenverursachung bestraft werden. Die Verjährungsfristen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie werden auf 20 Jahre verlängert, um eine Aufarbeitung möglich zu machen und ggfs. festgestellte Straftäter einer Strafe zuführen zu können.

### **Bundestagsreform ohne Wahlverfälschung, mehr Experten, Lobbyeinfluss dämpfen**

Wir verkleinern den Bundestag auf eine feste Größe von 450 Abgeordneten. Dafür wird die Anzahl der Direktwahlkreise von 299 auf 150 reduziert – maßgeblich ist eine vergleichbare Zahl von Wahlberechtigten je Stimmkreis. Gewählt sind die drei Kandidaten mit den meisten Stimmen im Wahlkreis. Dadurch rücken die Abgeordneten näher an den Bürger, die Macht der Parteien über das Listenverfahren wird geschwächt und die meistgewünschten Strömungen im Land sind repräsentiert.

Diese Wahlrechtsreform dient explizit der Wahl von Personen – idealerweise von Experten, nicht der Wahl von Parteilisten. Es soll auch den politischen Diskurs und die Lösungssuche verbreitern. Das bisherige Wahlverfahren mit Zweitstimmen bzw. Parteilisten hat zu einer Verschlechterung der Funktionsweise unserer Demokratie beigetragen, zu mehr Nichtwählern. Das wollen wir ändern.

Bei der Parteienfinanzierung wird die Zahl der Wählerstimmen für die Direktkandidaten vergütet. Zugleich entfällt der Zwang der „Kofinanzierung der Parteienfinanzierung durch Eigenmittel“. Damit wird der Einfluss von Spendern auf die politische Arbeit reduziert. Auch Bewerber kleinerer Parteien und parteilose Einzelbewerber bekommen ihren Wahlaufwand erstattet. Das muss uns gute Demokratie wert sein.

## **Mittel- und langfristig:**

### Den Rechtsstatus der Kommunen stärken – Bürgergemeinde statt Einwohnergemeinde

Wir wollen gefestigte Gemeinschaften fördern. Daher dürfen die Kommunen unter qualifizierten Bedingungen (Aufenthaltsdauer, geregeltes Einkommen usw.) nach Schweizer Vorbild das Heimatrecht verleihen. Der Einwohner behält dort das Heimatrecht und Mitbestimmungsmöglichkeiten, wo er verwurzelt ist, auch bei Wegzug. Sozialhilfe und Ehrenamt werden in die kommunale Zuständigkeit überführt.

### Das Grundgesetz als deutsche Verfassung modernisieren

Bargeld wird als Zahlungsmittel (neben elektronischem Zahlungsverkehr) per Verfassungsrang gesichert. Der Asyl-Artikel muss neu gefasst werden.

In der Verfassung sind auch bundesweite Referenden nach Schweizer Vorbild zu verankern. Diese sind zuzulassen, wenn dies eine Anzahl von Parlamentsfraktionen (Bund/Länder) beantragt. Die Durchführung liegt beim Bundespräsidenten. Auch deshalb sollte er direkt gewählt werden, was ebenfalls in die Verfassung aufgenommen wird. Die Referenden werden in den Medien publiziert/veröffentlicht. Dafür werden sie vom Staat bezahlt.

Der Bundestag und der Bundesrat arbeiten als echtes Zweikammersystem. Jede Entscheidung des Bundestages wird vom Bundesrat bestätigt oder korrigiert.

Deutschland setzt darauf, die Chancen von KI zu nutzen, ohne die Kontrolle zu verlieren. Ein ethischer Grundsatz hierzu gehört ebenfalls in die Verfassung.